



# Priorität liegt bei der Personalsituation

**Kiel – Große Ereignisse werfen bekanntermaßen ihre Schatten voraus:**

**Am 6. Mai sind die schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger wieder aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen.**

Und die heiße Phase, in der die Parteien und Kandidaten keine Gelegenheit auslassen, um die Gunst der Wähler im nördlichsten Bundesland zu buhlen, ist längst eingeläutet.

Wie bereits früher nahm die GdP auch diese für die Kolleginnen und Kollegen bedeutsame Wahl zum Anlass, den politischen Parteien mit Fragen zur LANDESPOLIZEI zu konfrontieren.

Insgesamt sechs Wahlprüfsteine wurden CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie DER LINKEN, dem SSW und den PIRATEN zugeleitet.

Nachfolgend veröffentlicht das DP-Landesjournal die Antworten der Parteien sowie Fotos von den jeweiligen Spitzenkandidaten Jost de Jager (CDU), Torsten Albig (SPD), Wolfgang Kubi-cki (FDP), Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Antje Jansen (DIE LINKE), Anke Spoorendonk (SSW) und Torge Schmidt (PIRATEN-PARTEI).

## **Sonderzahlungen für Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger in Schleswig-Holstein**

*Trotz anderslautender Zusagen durch Ministerpräsidenten Carstensen wurde im Jahr 2007 die Sonderzahlung für Schleswig-Holsteins Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger ganz gestrichen bzw. erheblich gekürzt. Die Art und Weise der damaligen Kürzungen und Streichungen in Schleswig-Holstein ist unvergessen.*

*Zum 1. Januar 2012 werden beim Bund, der auch die Sonderzahlungen gestrichen hat, die Kürzungsbeschlüsse wieder rückgängig gemacht.*

*Treten Sie und Ihre Fraktion dafür ein, dass auch in Schleswig-Holstein wieder Sonderzahlungen an Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger gewährt werden und der damalige Fehler bereinigt wird?*



Über die notwendige Kürzung der Sonderzahlungen hat in der 16. Legislaturperiode eine Koalition aus CDU und SPD verantwortlich entschieden. In der

17. Legislaturperiode hat die Koalition aus CDU und FDP diese Entscheidung aufrechterhalten. Und auch für die 18. Legislaturperiode sehen wir angesichts der Situation des Landeshaushalts keinen realistischen Spielraum, von der getroffenen Beschlusslage abzurücken, so dass das Land freiwillige Leistungen in erheblichem Umfang gewähren könnte. Darauf, dass die Kürzungen nicht alle Beamten betreffen, sondern ausdrücklich auf Familien und niedrige Einkommen besondere Rücksicht genommen wurde, machen wir aufmerksam.

Voraussichtlich erst im Jahr 2020 wird das Land Schleswig-Holstein ohne zusätzliche Neuverschuldung auskommen und erst dann wird mit der Rückzahlung der Kredite begonnen werden können. Heute gezahltes Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Jubiläumszuwendungen wären bis dahin also kreditfinanzierte Zuwendungen – zurückzahlen ab 2020 von den nachfolgenden Generationen. Wenn sich finanzielle Spielräume ergeben, läge nach Auffassung der CDU im Polizeibereich die nächste Priorität auch weniger bei Sonderzahlungen, sondern mehr bei der Entspannung der Personalsituation.



Die Kürzung der Sonderzuwendungen hat die SPD noch in Regierungsverantwortung als eine von mehreren Maßnahmen mitgetragen, um

das strukturelle Defizit des Landeshaushalts abzubauen und einem weiteren

Anstieg der Verschuldung des Landes entgegenzuwirken. Wir wissen, dass wir damit den Beamtinnen und Beamten des Landes viel zugemutet haben.

Leider gab es aus unserer Sicht zu diesem Vorgehen keine Alternative, ohne die finanzielle Souveränität des Landes zu gefährden. Wir haben auf diese Kürzungen in den untersten Besoldungsgruppen verzichtet – da gibt es z. T. sogar mehr!

Zu dieser Verantwortung stehen wir auch heute. Im Gegensatz zu unserem damaligen Koalitionspartner haben wir jedoch darauf verzichtet, populäre Zusagen zu machen, deren Einhaltung wir



nicht garantieren können. Dies werden wir auch jetzt nicht tun. Nicht, weil wir der Meinung sind, dass die Beamtinnen und Beamten dieses nicht verdient hätten, sondern weil wir auch nach der

Wahl zu dem stehen werden, was wir vorher sagen. Dies gilt auch für die nachfolgenden Ausführungen. Im Gegensatz zum Bund hat sich die finanzielle Gesamtsituation des Landes trotz Steuermehreinnahmen nicht nachhaltig positiv verändert, dass eine kurzfristige Rücknahme der Kürzung der Sonderzuwendungen realistisch ist.

Dies liegt auch daran, dass es kein Konnexitätsprinzip im Verhältnis Bund-Länder gibt und der Bund zunehmend Aufgaben an die Länder abgibt, ohne hierfür eine auskömmliche Finanzierung bereitzustellen. Außerdem liegt der Personalkostenanteil im Bundeshaushalt mit weniger als 10% erheblich unter dem des Landes mit mehr als 25%.

Unser Wahlprogramm sieht daher auch vor, konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen vorrangig zum Schuldenabbau einzusetzen, um möglichst bald wieder finanziell handlungsfähig zu sein.

Fortsetzung auf Seite 3



## Wir gratulieren

zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2,  
1. Einstiegsamt (gD) und Ernennung  
zum Justizinspektor

Frank Fehmel, RG Justizvollzug

zur bestandenen Laufbahnprüfung und  
Ernennung zum Justizobersekretär

Martin Fehling, Marco Hatesaul, Andre-  
as Koch, Hans-Jürgen Schiestl, Levke  
Tölle, RG Justizvollzug

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Hans-Joachim Anhut, RG Schleswig-  
Flensburg

zur Goldenen Hochzeit

Friedhelm Kulicke und Ehefrau, RG Lü-  
beck-Ostholstein

In den Ruhestand traten

Rolf Meyer, RG Lauenburg-Stormarn;  
Wolfgang Kwidzinski, RG Lübeck-Ost-  
holstein; Harald Wulf, RG Schleswig-  
Holstein Mitte; Jürgen Weniger, RG  
Justizvollzug

## SEMINARE

### Einladung zum GdP-Senioren- seminar 2012

Unser diesjähriges Seniorensseminar  
findet vom 13. bis einschließlich 15. Au-  
gust 2012 (NEU: Montag bis Mittwoch)  
wiederum in der Gustav-Heinemann-  
Bildungsstätte in Bad Malente statt.

Wie immer stehen seniorenpolitische  
Themen auf der Tagesordnung. Aber  
auch auf den Austausch von Erfahrungen  
und Informationen über das „aktuelle  
Polizei- und Gewerkschaftsgeschäft“  
freuen wir uns.

Uns steht in Malente die gesamte Ein-  
richtung mit 27 Einzel- und 16 Doppel-  
zimmern zur Verfügung. In diesem Zu-  
sammenhang weise ich unsere gehbehin-  
derten Kolleginnen/Kollegen darauf hin,  
dass im gesamten Haus ebenerdig ledig-  
lich drei Einzelzimmer vorhanden sind!

Ehe- bzw. Lebenspartner, die an dem  
Seminar teilnehmen möchten, sind  
selbstverständlich sehr herzlich willkommen.  
Für sie entstehen anteilige Kosten  
in Höhe von 130 €.

Die Eigenbeteiligung für GdP-Mit-  
glieder beträgt 30 €. Auf die weiteren  
Modalitäten im Seniorenbrief 1/2011  
weise ich noch einmal besonders hin.

Anmeldungen für das Seminar nimmt  
ab sofort auf der GdP-Geschäftsstelle  
Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel.: 04 31-  
1 22 10 15, entgegen.

Anmeldeschluss: 2. Juli 2012.

Gut, dass es sie gibt – die **GdP-Senio-  
ren oder einfach die „Älteren“!**

Frank Poster  
Landesseniorenvorsitzender

## Einladung!

Schleswig-Flensburg

Herzliche Einladung an alle GdP-Se-  
nioren Schleswig-Flensburg zu **Klön-  
schnack bei Kaffee und Kuchen** am **Don-  
nerstag, 12. April 2012, 16.00 Uhr**,  
„Delfter Stuben“, Fördestraße 57, Flens-  
burg, Tel.: 04 61-31 14 64. Anmeldungen  
bitte an Günter Krappitz, Tel. 04 61-  
3 63 66, Telefax: 04 61-31 09 36 oder  
E-Mail: christ1@foni.net.

**Pokal- und Preisschießen am Freitag,**  
**27. April 2012, 14.30 Uhr**, im **Sport-  
schützenheim Fahrndorf**, Telefon: 0 46 21-  
3 75 00. Geschossen wird in der Zeit von  
14.30 bis 18.00 Uhr. Anschließend erfolgt  
die Preisverteilung.

**Startgeld: 7,00 Euro**

Schriftliche oder telefonische Anmel-  
dung bis **Dienstag, 24. April 2012**, bei Mi-  
chael Carstensen, Tel.: 0 46 23-18 02 41  
oder 04 61-4 84 25 01.

Schleswig-Holstein Mitte

**Jungsenioren-Stammtisch** am **Don-  
nerstag, 3. Mai 2012, 17.00 Uhr**, im  
**Sportheim Husberg-Bönebüttel, Sick-  
kamp 16, 24620 Husberg**. Thema: „Vor-  
sorge im Alter (Vollmachten pp.)“.

## VERANSTALTUNGS- HINWEIS

### Diskussion um Innere Sicherheit

Einladung zur **Podiumsdiskussion**  
**„Zukunft der Landespolizei – Innere Si-  
cherheit -> In Steiburg und Dithmar-  
schen noch gewährleistet? -<“** am **Don-  
nerstag, 12. April 2012, 19.00 Uhr**, im **Co-  
llosum Wilter**. Es diskutieren Innenmi-  
nister Wolfgang Schlie (CDU), Wolfgang  
Kubicki (Fraktionsvorsitzender der  
FDP), Dr. Robert Habeck (Fraktions-  
vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen),  
Stefan Bolln (Landtagskandidat der  
SPD), Wolfgang Dudda (Landtagskandi-  
dat der Piratenpartei), Lars Harms (Par-  
lamentarischer Geschäftsführer SSW)  
und Uli Schippels (Parlamentarischer  
Geschäftsführer DIE LINKE) mit Ver-  
tretern aus den Landesvorständen von  
GdP, DPoIG und BdK, Moderation:  
Carsten Rauterberg, freier Journalist  
NDR-Studio Heide.

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der  
**Ausgabe 5/2012:**  
**Dienstag, 3. April 2012**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

**Geschäftsstelle:**  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
Telefax (04 31) 1 70 92

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur:  
Thomas Gründemann  
Geschäftsführender Landesvorstand  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
E-Mail: [gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de](mailto:gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GmbH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



LANDTAGSWAHL – WAHLPRÜFSTEINE

Fortsetzung von Seite 1



Zunächst erst einmal ist festzuhalten, dass es sich bei diesen Zusagen von Ministerpräsident Carstensen im Jahre 2007 um solche der Großen Koalition handelte, die FDP war seinerzeit noch nicht in Regierungsverantwortung. Da sich Schleswig-Holstein auf dem finanzpolitischen Konsolidierungspfad befindet, wird es jedoch von der FDP keine Versprechen in der beabsichtigten Richtung geben. Derartige Zusagen wären nach unserem Verständnis in Anbetracht der prekären Haushaltslage mehr als unseriös und unverantwortlich. Sollten sich indes finanzielle Gestaltungsspielräume zur Rücknahme der Kürzungen bei den Sonderzahlungen wie im Bund auch in Schleswig-Holstein ergeben, begrüßt es die FDP ausdrücklich, wenn diese zugunsten der Polizeibeamten auch genutzt würden.

Es ist demgegenüber jedoch zu betonen, dass es während der vergangenen Legislaturperiode zu zahlreichen Beförderungen gekommen ist und endlich begonnen wurde, den Beförderungsstau bei den Polizeibeamten aufzulösen. Wir streben an, auf Dauer mindestens 500 Polizeibeamte jedes Jahr zu befördern, damit die Beamten eine klare und verlässliche berufliche Perspektive haben. Dies ist zwingend erforderlich, um dem Land eine kompetente, engagierte, motivierte und bürgernahe Polizei zu erhalten.



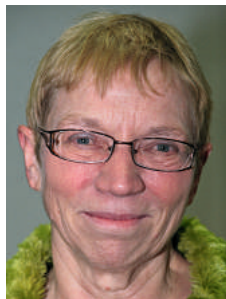
Leider können wir nicht zusagen, die Sonderzahlungen wieder einzuführen. Die Haushaltslage ist schwierig und falls es im Haushalt Spielräume für neue Ausgaben gibt, halten wir es für prioritär in den Bereich Bildung zu investieren.



Die Streichung bzw. Kürzung der Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) für Schleswig-Holsteins Beamtinnen und Beamte durch die große Koalition war für DIE LINKE immer inakzeptabel. Beamtinnen und Beamte dürfen nicht als Sparschweine des Landes missbraucht werden. Im konkreten Fall der Kürzungen bzw. Streichungen bei den Sonderzahlungen kommt noch hinzu, dass Wahlversprechen der „großen“ Parteien einfach mit einem Federstrich weggewischt wurden. Ein Skandal sondergleichen.



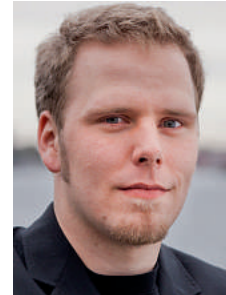
Der SSW kritisiert die Art und Weise des Zustandekommens der Kürzungen ebenfalls. Was aber die Wiedereinführung von Sonderzahlungen betrifft, sieht der SSW vor dem Hintergrund der äußerst angespannten Haushaltslage des Landes derzeit kaum den nötigen Spielraum. Sobald sich die finanzielle Situation Schleswig-Holsteins verbessert, werden wir uns für eine Regelung einsetzen, die sich an der der Bundesbeamten orientiert. Eine weitere Absenkung des Besoldungsniveaus wird es mit dem SSW aber nicht geben.



Die Art und Weise, wie die Landesregierung im Jahr 2007 die Sonderzahlung für die im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein beschäftigten Menschen gestrichen hat, widerspricht dem, was die Piratenpartei unter einem fairen, aufrichtigen Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern versteht.

Vor dem Hintergrund, dass der Bund seinen Beamten tatsächlich ab dem 1. Januar 2012 die Sonderzahlung wieder in die monatlichen Bezüge einfließen lässt

und damit die Beschäftigung beim Bund finanziell deutlich attraktiver als beim Land ist, besteht die Gefahr, dass kostenintensiv hier im Land ausgebildete Polizeivollzugsbeamte zur Bundespolizei wechseln. Damit werden sich die Probleme der Inneren Sicherheit für das Land Schleswig-Holstein verschärfen. Auch an anderen Stellen wird die Gefahr bestehen, dass sehr gut qualifiziertes Landespersonal aus eben diesem Grund den



Wechsel zu einer Bundesbehörde anstrebt. Die Piratenpartei hat in ihrem Wahlprogramm beschlossen, dass die Polizei zur vernünftigen Aufgabenerfüllung personell und materiell besser ausgestattet sein muss (s. a. Seite 22 des Wahlprogramms). Diese Forderung verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie nur halbherzig verfolgt wird. Die Piratenpartei will ein deutliches Mehr an tatsächlicher Präsenz der Polizei bei den Menschen. Das geht jedoch nur, wenn dafür genug Polizei da ist. Der jetzt bereits spürbare und in Zukunft noch stärker wirkende demografische Wandel wird die öffentlichen Arbeitgeber im Wettbewerb mit der Wirtschaft dazu zwingen, konkurrenzfähige Gehälter zu bezahlen.

**Personalbestand**

Die letzten Landeshaushalte waren begleitet von Forderungen, den Personalbestand der Polizei zu reduzieren. Angesichts der zunehmenden Aufgabenvielfalt, der Vermehrung von geschlossenen Einsätzen ist trotz Ausweitung der Wochenarbeitszeit ein akuter und ständiger Personalengpass zu konstatieren.

Was werden Sie tun, um diesem Personalengpass entgegenzuwirken?

Können Sie garantieren, dass von 2012 bis 2017 der Personalbestand aufgestockt, mindestens aber nicht angetastet wird?

**CDU**

Für den Personalbestand des Landes gilt die Grundregel, dass bis 2020 etwa zehn Prozent der Planstellen abgebaut werden müssen. Ansonsten könnte das permanente Haushaltsdefizit nicht abgebaut und das verfassungsrechtliche Neuverschuldungsverbot 2020 nicht eingehalten werden. Dies wird in vielen Berei-

Fortsetzung auf Seite 4





Fortsetzung von Seite 4

chen zu Veränderungen führen, die allerdings für die Handlungsfähigkeit unseres Landes und damit für die politische Zukunftsgestaltung für unsere Bürgerinnen und Bürger von elementarer Bedeutung sind.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen gibt es eine klare Schwerpunktsetzung der CDU, dass insbesondere im Polizeivollzugsbereich keine Stelleinsparungen vorgenommen werden.

Dass die Personalausstattung gleichwohl besser sein könnte, nimmt die CDU sehr genau wahr. Aber es gehört auch zur Aufrichtigkeit dazu, zu Forderungen nach mehr Personal klar auszusprechen, dass finanzielle Mittel – zumindest derzeit – in der erforderlichen Größenordnung nicht zur Verfügung stehen.

Daher ist der bereits laufende Prozess der Konzentration der Polizei auf ihre Kernaufgaben konsequent fortzusetzen, verbunden mit dem klaren Ziel, freierwerdendes Personal in den operativen Dienst zu verlagern. Prävention mit Kindern und Jugendlichen ist für die CDU polizeiliche Kernaufgabe. Wir werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Polizei im notwendigen Zusammenspiel mit Schule, Kinder- und Jugendhilfe sowie den Staatsanwaltschaften und Gerichten ein verlässlicher Partner in der Prävention bleibt.

#### **SPD**

Die Bemühungen der jetzigen Landesregierung zur Schließung der sog. „Strategischen Lücke“ durch Kürzungen und Aufgabenstreichung und -verlagerung zeigen, dass dieses aus dem Personalkörper der Landespolizei nicht vollständig möglich sein wird. Es sei denn, dass polizeiliche Beratungsangebote, Verkehrserziehung und andere Präventionsmaßnahmen weitgehend eingestellt werden. Dieses halten wir jedoch für den falschen Weg, da Einsparungen in diesem Bereich die Überstunden von morgen sind.

Entsprechend dem Grundsatz, nur das zu sagen, was wir auch einhalten können, können wir keine Garantie für eine Aufstockung des Personalbestandes geben. Wir wollen die polizeiliche Aufgabenerfüllung auf gleichem Niveau halten. Die Einstellungszahlen sollen den demografischen Wandel in der Gesellschaft berücksichtigen.

#### **FDP**

Nach Auffassung der FDP ist unser Rechtsstaat auf eine funktionierende, effizient gestaltete und motivierte Polizei angewiesen. Die Polizei in Schleswig-

Holstein ist als zweitgrößter Personalkörper mit rund 6500 Polizeivollzugsbeamten trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierungsphase bis 2015 ausdrücklich von Einsparungen ausgenommen. Die FDP hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren dafür gesorgt, dass es zu keiner Personalreduzierung gekommen ist und die sog. „strategische Lücke“ durch Umsetzung von Personal geschlossen werden konnte. Wir treten weiterhin dafür ein, dass auch künftig bei der Polizei kein Personal abgebaut wird. Sollten durch den Wegfall von Aufgaben Kapazitäten frei werden, so sollen diese zwingend innerhalb des Polizeibereichs verbleiben. Die FDP hat seit 2011 für einen Einstieg in ein verlässliches Beförderung- und Strukturpaket gesorgt, welches Stellenhebungen und Budgetzuweisungen tatsächlich vornimmt. Zuvor kam es vielfach zu Stellenhebungen ohne finanzielle Besserstellung. Um dem Personalengpass entgegenzuwirken, hält die FDP eine organisatorische Optimierung, keine grundsätzliche Organisationsveränderung der polizeilichen Dienststellenstruktur ohne Rückzug aus der Fläche für erforderlich. Dies würde zugleich auch bedeuten, dass Personal für die operative Arbeit freigesetzt werden würde.

#### **B 90/Die Grünen**

Uns ist die angespannte Personalsituation bei der Polizei sehr bewusst, die hohe Überstundenzahl bekannt und auch, dass die so genannte strategische Lücke sich kaum durch interne Maßnahmen schließen lässt. Vor diesem Hintergrund gibt es keine Pläne zu Kürzungen bei der Polizei. Allerdings auch keine Versprechen für neue Stellen.

Die Umsetzung der bestehenden Umstrukturierungspläne geht nicht schnell genug. Auch hier wollen wir ansetzen. Wir lassen Möglichkeiten prüfen, die Einnahmen zu erhöhen (z. B. für Einsätze bei kommerziellen Veranstaltungen). Durch eine parallele Reduktion auf Kernaufgaben der Polizei wollen wir für Entlastung sorgen. Außerdem wollen wir gemeinsam mit der Polizei über neue Formen der Lebensarbeitszeitgestaltung nachdenken.

#### **DIE LINKE**

DIE LINKE setzt sich entschieden dafür ein, dass der Personalbestand bei der Landespolizei nicht angetastet wird. Auch ab 2016 dürfen keine Stellen eingespart werden. Polizistinnen und Polizisten müssen schon jetzt den Kopf für das hinhalten, was die Politik eingebracht hat. Jetzt auch noch auf Kosten der Poli-

zistinnen und Polizisten zu sparen, setzt dem Fass die Krone auf. Wir haben wiederholt deutlich gemacht, dass wir keiner Stellenkürzung im öffentlichen Dienst zustimmen werden. Die Belastungssituation für Beamtinnen und Beamte der Landespolizei nimmt immer mehr zu. Nach der Überzeugung der LINKEN müsste das Innenministerium seine Fürsorgeaufgabe wahrnehmen und jede/n Einzelne/n vor Überlastungszuständen schützen. Strukturreformen und Personalabbau haben aber eine gegenteilige Situation hervorgerufen. Auch die Reduzierung der Aufgaben der Polizei wird eher zu höheren Kosten für die Gesellschaft führen. Kürzungen bei Mofa-Schulungen oder bei anderen Aspekten der Verkehrserziehung gefährden letztendlich Leben. Die Verringerung des Personalaufwandes bei der Prüfung der Hafenanlagensicherheit führt effektiv zu weniger Sicherheit. Bei der polizeilichen Präventionsarbeit darf auch in Zukunft nicht gespart werden, denn die gesellschaftlichen Folgekosten wären ungleich höher. Deshalb lehnen wir diese Maßnahmen ohne „Wenn und Aber“ ab.

#### **SSW**

Es besteht ein erheblicher Bedarf an Polizeikräften, die bei der Kriminalitätsbekämpfung aber auch zum Beispiel bei Großveranstaltungen (Demonstrationen, Musik- und andere kulturelle Veranstaltungen, Fußballturniere) gefordert sind. Der SSW hat sich wiederholt gegen die Ausweitung der Wochenarbeitszeit und der Anhebung des Renteneintrittsalters ausgesprochen. Wir plädieren für eine Neuregelung, die die Arbeitsbelastungen bei der Polizei berücksichtigt und zur Absenkung des Eintrittsalters führt. Damit verbunden ist eine vom SSW perspektivisch angestrebte Verjüngung der öffentlichen Verwaltungen und somit auch bei der Polizei. Die Polizeikräfte im Land sind mit vielfältigen Belastungsfaktoren konfrontiert wie psychischem Stress, Wochenendarbeit, Wechselschicht mit Nachtdiensten und Sonderschichten. Insbesondere bei älteren Polizistinnen und Polizisten wirkt sich dies negativ auf deren Gesundheit aus. Der SSW setzt sich dafür ein, dass mit flexiblen Arbeitszeitmodellen eine Reduktion der Arbeitszeit erreicht wird, die zur Entlastung älterer Polizeikräfte beiträgt. Außerdem halten wir organisatorische Änderungen wie bei den Einsätzen bei Großveranstaltungen für erforderlich, die zu weiteren Entlastungen führen kön-

Fortsetzung auf Seite 6



Fotos: DERTOUR GmbH & Co. KG



# Peking & Shanghai

Unterbringung im Doppelzimmer p. P.

€ 849,-

**Metropolen der Gegensätze - 8-tägige Städtereise** inkl. Flug mit China Eastern Airlines ab/bis Hamburg **PSW-Termin: 6. bis 13. November 2012**

**Peking** – eine Stadt zwischen Tradition und Moderne. Erleben Sie alle Facetten der ehemaligen Kaiserstadt und heutigen Hauptstadt Chinas.

**Shanghai** – Millionenmetropole am Huang Pu Fluss. Lassen Sie sich von der schillernden Skyline und dem lebendigen Treiben in der Altstadt beeindrucken.

## Geplanter Reiseverlauf:

**1. Tag: Hamburg– Shanghai** / Mittags Linienflug von Hamburg nach Shanghai. **2. Tag: Shanghai – Peking:** Ausflugspaket: Platz des Himmlischen Friedens und Himmelstempel inkl. Mittagessen. Morgens Ankunft in Shanghai und Weiterflug nach Peking. Nach Ankunft Begrüßung durch die Reiseleitung und Transfer zu Ihrem Hotel. Bei Buchung des Ausflugspaketes genießen Sie einen Spaziergang über den größten Platz der Erde. Besichtigung des Himmelstempels, einem Meisterwerk der Baukunst. 3 Nächte **3. Tag: Peking** / Ausflugspaket: Kaiserpalast, Sommerpalast, Lamatempel, Hutong-Tour inkl. Mittagessen. Bei Buchung des Ausflugspaketes betreten Sie durch das Tor des Himmlischen Friedens die Verbotene Stadt mit dem alten Kaiserpalast. Anschließend Fahrt zum riesigen Areal des Sommerpalastes mit zahllosen Hallen, Seen, Pavillons und Pagoden. Besuch des bekannten Lamatempels, mit einer 18 m hohen Buddhastatue. Nach dem Mittagessen erleben Sie den Alltag der Bewohner bei einer Hutong-Tour mit Rikschafahrt und einem kleinen Rundgang durch das alte Wohnviertel „Beijings“. Hier kehren Sie bei einer typischen chinesischen Familie ein. (F) **4. Tag: Peking** / Ausflugspaket: Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage inkl. Mittagessen. Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Wer die Mauer nicht gesehen hat, hat China nicht besucht!“ Bei Buchung des Ausflugspaketes Busfahrt in die Berge zum Abschnitt der Großen Mauer bei Badaling, einem eindrucksvollen Stück der über 6.300 km langen Mauer und damit dem größten Bauwerk der Welt. Nach Erklimmen der Mauer bietet sich Ihnen ein faszinierendes Panorama auf die umliegende Gebirglandschaft. Unterwegs zur Mauer Fotostopp am beeindruckenden Olympiapark. Nach dem Mittagessen genießen Sie eine entspannende traditionelle Fußreflexzonen-Massage. (F) **5. Tag: Peking – Shanghai** Transfer zum Weiterflug nach Shanghai. Begrüßung durch die Reiseleitung und Hoteltransfer. Der Nachmittag steht für eigene Erkundungen bzw. Einkäufe zur Verfügung. Shanghai bietet unzählige Shopping-Malls. (F) **6. Tag: Shanghai** – Ausflugspaket: Wasserdorf Zhujiajiao, Jade Buddha-Statue inkl. Mittagessen. Bei Buchung

des Ausflugspaketes erleben Sie heute das ursprüngliche Wasserdorf Zhujiajiao. Nach dem Mittagessen Rückfahrt nach Shanghai. Besuch des Stadtplanungsmuseums und des Tempel des Jadebuddhas. (F) **7. Tag: Shanghai** – Ausflugspaket: Stadtbesichtigung, Bund inkl. Mittagessen und Abschiedsabendessen. Bei Buchung des Ausflugspaketes Besuch der sehenswerten Altstadt mit ihrem traditionellen Teehaus, der Zick-Zack-Brücke und dem Yu-Garten. Nach dem Mittagessen können Sie die Skyline von Shanghai bewundern. Sie haben die Möglichkeit, mit dem Express-Fahrsstuhl den Jin-Mao-Tower (421 m) zu besteigen – eines der höchsten Gebäude der Welt. Ein Muss ist ein Bummel über die berühmte Uferpromenade „Bund“. Abschiedsabendessen mit chinesischen Spezialitäten. Anschließend Transfer mit dem Transrapid zum Flughafen für Ihren Rückflug nach Hamburg. (F) **8. Tag:** Morgens **Ankunft in Hamburg**

## Eingeschlossene Leistungen:

- Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Hamburg nach Shanghai und zurück
- innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 11/2011)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den gen. Hotels o. ä. inkl. 5 x Frühstücksbuffet
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer
- Visabesorgung\*\*
- PSW-Reisebegleitung

Rundreise ab / bis Hamburg	pro Pers. ab
Doppelzimmer	<b>849,- Euro</b>
Einzelzimmer	969,- Euro
* Ausflugspaket (optional)	169,- Euro
** Visagebühren (Stand 01/12)	ca. 45,- Euro

## Ihre Hotels ★★★★★

**Holiday Inn Chang An West** (4-Sterne-Kategorie) o. ä., Peking  
Freundlich eingerichtetes Hotel der gehobenen Mittelklasse im florierenden West-End Pekings

**Hotel Ramada Wujiaochang** (4-Sterne-Kategorie) o. ä., Shanghai / Elegantes Hotel der Ramada Hotelkette im Stadtviertel Wujiaochang im Osten Shanghais gelegen.



## PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

### Weitere Informationen und Anmeldungen

#### PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22  
24116 Kiel  
Telefon 0431 - 17093  
Telefax 0431 - 17092  
psw-reisen.kiel@t-online.de

#### PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2  
23560 Lübeck  
Telefon 0451 - 5021736  
Telefax 0451 - 5021758  
psw-reisen.luebeck@t-online.de

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)





Fortsetzung von Seite 4

nen. Darüber hinaus wird der SSW die befristete Ausnahme der Polizei von Stellenstreichungen aufrecht erhalten und keine Kürzungsmaßnahme unterstützen, die eine weitere Verschlechterung der Personalsituation der Polizei bedeuten würde. Sobald es die finanziellen Möglichkeiten des Landes zulassen, müssen auch gezielte Personalaufstockungen stattfinden.

**Piratenpartei**

Wie schon ausgeführt, spricht sich die Piratenpartei Schleswig-Holstein in ihrem Wahlprogramm für eine bessere Ausstattung der Polizei aus. Dies betrifft die sächliche Ausstattung genauso wie die personelle. Wie unser auf Listenplatz 2 der Landesliste der Piratenpartei stehender Kandidat Wolfgang Dudda (selbst Mitglied und Funktionär in der GdP) in seiner Bewerbungsrede auf dem Nominierungsparteitag unter großer Zustimmung der anwesenden Parteimitglieder ausführte, entspricht es nicht unserem Verständnis von Innerer Sicherheit, wenn aus Kostengründen bundesweit in den letzten Jahren etwa 10 000 Polizisten eingespart werden und der Rest der Polizeibeamten mit immer mehr Aufgaben betraut wird, die angesichts der knappen Personal- und Materialressourcen nicht erfüllt werden können. Mit immer mehr Sicherheitsgesetzen, deren Einhaltung von immer weniger Polizei gewährleistet werden soll, ist unserer Meinung nach kein Staat zu machen. Aus unserer Sicht werden die Anforderungen an den Personalbestand bei der Polizei künftig so bestimmt:

1. Wir sprechen uns insbesondere für den „Schutzmann/Schutzfrau bei den Menschen“ vor Ort aus. Der demografische Wandel verlangt bei der Polizei zunehmend Verwendungsmöglichkeiten für ältere, erfahrene Polizeivollzugsbeamte, die aus unserer Sicht bestens geeignet erscheinen, die „Vor-Ort-Aufgaben“ wahrzunehmen. Dem Präventionsgedanken wird so besser Rechnung getragen als bisher.

2. Der Piratenpartei Schleswig-Holstein ist das hohe Maß an Überstunden bei der Polizei bekannt. Vor diesem Hintergrund verbietet es sich, Personal einzusparen, so lange keine tragbaren Konzepte für eine bessere Organisationsstruktur vorliegen. Bei realistischer Einschätzung der politischen Lage an dieser Stelle ist nicht davon auszugehen, dass mittelfristig, also im Zeitraum 2012 bis 2017, ein solches Konzept vorliegt oder umgesetzt sein wird.

3. Eine „Garantie“ für einen Personalbestand, der dem entspricht, was Sie berechtigt in Ihren Wahlprüfsteinen fordern, kann die Piratenpartei Schleswig-Holstein natürlich nicht leisten, weil dafür zunächst eine parlamentarische Mehrheit zu gestalten ist. Angesichts der beobachteten Unvernunft an dieser Stelle bei den politischen Mitbewerbern, mit denen sich zu verständigen ist, ist eine Garantieverklärung ein nicht einhaltbares Wahlversprechen.

4. Die durch immer mehr Demonstrationen zunehmende Belastung der Polizei ist politisch verursacht und muss dem Verursacherprinzip entsprechend reduziert werden. Mit anderen Worten: Die Polizei darf nicht der gesellschaftliche Prellbock für politische Fehlentscheidungen oder Fehlverhalten sein. Wenn die Politik so ist, dass sie „Wutbürger“ produziert, die dann auf Demonstrationen polizeilich begleitet werden müssen, ist die Politik falsch, zumindest jedoch falsch kommuniziert. Ein deutliches Mehr an Beteiligung, Transparenz und Eigenverantwortung ist darauf die vernünftigste Antwort. Es ist geradezu absurd von der Politik, bei der Polizei einzusparen und als „Ersatz“ den Einsatz der Bundeswehr im Inneren anzuregen, nur weil man dem Unmut der Bevölkerung wegen des eigenen Handelns nicht mehr Herr wird. An dieser Stelle sieht die Piratenpartei den eigentlichen gesellschaftlichen Ansatz, damit sich die Polizei ihren Kernaufgaben zuwenden kann.

**Einsatz- und Belastungssituationen**

*Aus einem Schreiben an die GdP: „Stetig wachsende Anforderungen, immer mehr und immer längere geschlossene Einsätze für den Einzeldienst, immer gefährlichere Lagen im Rahmen des normalen Dienstes. Bedrohungen, Beleidigungen, falsche Anschuldigungen, Dienstaufsichtsbeschwerden. Schon wegen einer Verkehrsbehinderung muss man sich beschimpfen lassen. Schichtdienst. Immer wieder unvorhergesehene Einsätze, dass ich z. B. Weihnachten Urlaub nehmen muss, um mit meiner Familie die Festtage zu verbringen. Der Eintrag ‚dienstfrei‘ im Dienstplan reicht dafür nicht aus.“ Zunehmende Gewaltbereitschaft mit mehr als 1000 Widerständen pro Jahr ist die Regel. Der Belastung stehen einem Dienstgruppenleiter, der seine Kollegen um 4.00 Uhr motivieren muss, noch einmal Streife zu fahren und dann um 5.30 Uhr einen Abschlusseinsatz professionell abzuarbeiten, irrationale Wartezeiten, beispiels-*

Fortsetzung auf Seite 8

**Frauenseminar  
2012 –  
Vorankündigung**

In der Zeit vom 24. bis 28. September 2012 bietet die Landesfrauengruppe ihr jährliches Seminar an. Es wird in der Jugendherberge Prora im Ostseebad Binz auf Rügen stattfinden. Als Coach konnten wir die Stimm-, Sprach- und Kommunikationstrainerin Wiebke Wiedeck aus Berlin gewinnen. Ihr „Erfolgskonzept Frau ©“ soll die Teilnehmerinnen in ihrem Auftreten sowohl im Beruf als auch im privaten Leben stärken.

*„Die Art und Weise, wie eine Aussage präsentiert wird, ist genauso wichtig wie ihr Inhalt – wenn nicht sogar noch wichtiger. Viele stimmliche und körpersprachliche Signale senden Sie unbewusst aus. Das Zusammenspiel zwischen ‚Selbstbewusstsein‘ und ‚Sich-Ihrer-Wirkung-bewusst-sein‘ ist die Grundlage für eine überzeugende und authentische Präsentation.“* (Zitat „Erfolgskonzept Frau ©“).

Das Seminar richtet sich an alle Frauen in der Landespolizei. Der Antrag auf Anerkennung nach dem BFQG ist gestellt. Die Lehrgangsteilnehmerinnen werden in der Jugendherberge in Doppelzimmern inklusive Vollverpflegung untergebracht. [www.prora.jugendherbergen-mv.de](http://www.prora.jugendherbergen-mv.de)). Der Eigenanteil für das Seminar beträgt für GdP-Mitglieder 150 Euro und für Nichtmitglieder 200 Euro. Reisekosten werden nicht erstattet. Wer mehr über das „Erfolgskonzept Frau ©“ und Frau Wiedeck erfahren möchte, kann sich über das Internet unter [www.erfolgskonzept-frau.de](http://www.erfolgskonzept-frau.de) informieren. Anmeldungen können ab sofort bei der Geschäftsstelle, Tel.: 04 31-1 22 10 15, erfolgen.

Anzeige

**BERLIN ! BERLIN ! BERLIN !  
Wir haben das Hotel – ab 37 €**

Unser Vertragshotel - Das abacus-Tierparkhotel. Das 4\*\*\*\*-Haus liegt in Friedrichsfelde. 278 Zimmer sind modern und geschmackvoll eingerichtet. Alle Zimmer verfügen über Bad/Dusche/WC, Fön, Minibar, TV. Die U-Bahn-Station „Tierpark“ der Linie U 5 ist nur 300 m vom Eingang entfernt. Die Parkplatznutzung ist kostenfrei.

PSW-Reisen, Tel.: 04 51-5 02 17 36,  
E-Mail: [psw-reisen.luebeck@t-online.de](mailto:psw-reisen.luebeck@t-online.de)  
[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)



## JUGENDKRIMINALITÄT

## Warnschussarrest und Jugendcamp

**BERLIN/LÜBECK** – In Berlin wurde am 6. März der so genannte Warnschussarrest für jugendliche Kriminelle vorgestellt. Die Reaktion darauf war vielfältig: Von „guter Entscheidung“ (Werner Kalinka, CDU) bis „den Schuss nicht gehört“ (Ines Strehlau, Grüne) reichten die Reaktionen im Land. Dabei hatte auch die Gewerkschaft der Polizei auf einer Tagung zur Jugendkriminalität im Sommer 2011 dieses als ein Instrument gefordert. „Die Strafe müsse auf dem Fuß folgen“, so die Teilnehmer der Runde im Kieler Landeshaus im Juni 2011. Der Bezug zur Tat muss vorhanden sein. Allerdings gelte auch, dass der Warnschussarrest kein Allheilmittel gegen Jugendkriminalität sei. Vielmehr müsse auch über andere Instrumente nachgedacht werden.

Unterdessen machte Werner Thiele, der Leiter des Jugendkommissariats in Lübeck, einen Vorschlag für ein so genanntes Jugend-Camp. Sein Credo: „Einzeltäter werden häufig zu Mehrfach- und

Intensivtätern“. Die jugendlichen Täter erkennen nicht in ausreichendem Maße den Willen des Staates und seiner Einrichtungen, damit auch der Jugendgerichtsbarkeit (Gerichte, Jugendgerichtshilfe), trotz vorangegangener Taten, die Chance zu einer Umkehr und einem Neubeginn zu nutzen. Im Rahmen einer Studie des Kommissariatsleiters äußerten jugendliche Ersttäter, Mehrfachtäter und Intensivtäter ihr Interesse an einer Weiterbildung im Sinne eines Schulabschlusses oder einer Ausbildung sowie körperlichen Ausgleich durch sportliche Betätigung. Diese Interessen konnten durch Gespräche über die persönliche Situation der Jugendlichen, ihre Wünsche und Ziele festgestellt werden, die losgelöst und unabhängig von einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren durchgeführt wurden.

Eine derartige Jugendhilfeeinrichtung in der Form eines Camps, die sich auch als Haftverschonungseinrichtung sieht, existiert in Schleswig-Holstein bislang nicht.

Auffällig gewordene Jugendliche – Altersgruppe 14 bis 17 Jahre – sollen die Chance erhalten, in die Gesellschaft zurückzukehren und sich einzugliedern.

Das bisher nur konzeptionelle Camp ist für maximal 20 Plätze angelegt. Nicht aufnahmefähig sind schwerstkriminelle und/oder schwerstdrogenabhängige Jugendliche.

Einerseits sollen die Bewohner dieses Camps erkennen, dass sie ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft sind, andererseits gelten strenge Regeln und Reglementierungen (keine Handys, PCs oder TV-Geräte, keine Drogen, kein Alkohol, kein Tabak). Dafür sollen Werte wie Respekt, Zuverlässigkeit, Disziplin, Pünktlichkeit und Verantwortung vermittelt werden.

Ähnliche Projekte sind aus den USA bekannt.

Ein solches Jugend-Camp (Arbeitstitel) wäre nach GdP-Einschätzung eine Alternative zwischen Jugendknast und therapeutischer Wohngruppe. **rr**

## ARBEITSZEIT

## Wochenarbeitszeit woanders

*Durch die Föderalisierung gibt es nicht nur in Bezahlung und Beamtenrecht unterschiedliche Normen, sondern auch beim Thema „Wochenarbeitszeit“. Der DGB hat einen Vergleich vorgenommen.*

- **Baden-Württemberg: 41 Stunden**
- **Bayern:** Bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres: **42 Stunden**  
Ab Beginn des 51. bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres: **41 Stunden**  
ab Beginn des 61. Lebensjahres: **40 Stunden**
- **Berlin: 40 Stunden**
- **Brandenburg: 40 Stunden**
- **Bremen: 40 Stunden**
- **Hamburg: 40 Stunden**
- **Hessen:** Bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres: **42 Stunden**  
Ab Beginn des 51. bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres: **41 Stunden**  
ab Beginn des 61. Lebensjahres: **40 Stunden**

(Stichtag für die Bemessung der Arbeitszeit ist der Erste des Monats, in dem das 50. oder 60. Lebensjahr vollendet wird)

- **Mecklenburg-Vorpommern: 40 Stunden**
- **Niedersachsen: 40 Stunden**
- **Nordrhein-Westfalen:** Bis zur Vollendung des 54. Lebensjahres: **41 Stunden**  
mit Ablauf des Tages, an dem das 55. Lebensjahr vollendet wird: **40 Stunden**  
mit dem Tag, an dem ein Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50 festgestellt wird: **39 Stunden 50 Minuten**  
mit Ablauf des Tages, an dem das 60. Lebensjahr vollendet wird, oder mit dem Tag, an dem ein GdB von mindestens 80 festgestellt wird: **30 Stunden**
- **Rheinland-Pfalz: 40 Stunden**
- **Saarland: 40 Stunden**
- **Sachsen: 40 Stunden**
- **Sachsen-Anhalt: 40 Stunden**
- **Schleswig-Holstein: 41 Stunden**

Ausnahme: **40 Stunden** für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte

- **Thüringen: 42 Stunden**  
Ausnahme: **40 Stunden** für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte oder bei Betreuung eines Kindes unter 18 Jahren oder eines Angehörigen, bei dem der Medizinische Dienst der Krankenversicherung Pflegebedürftigkeit nach § 14 SGB XI festgestellt hat.

- **Bund: 41 Stunden**  
Ausnahme: **40 Stunden** für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte und für diejenigen, die für ein Kind unter zwölf Jahren Kindergeld erhalten oder zu deren Haushalt ein Elternteil, eine Ehepartnerin oder ein Ehepartner, eine Lebenspartnerin oder ein Lebenspartner oder ein Kind gehört, bei der oder bei dem Pflegebedürftigkeit nach den Beihilfevorschriften des Bundes, nach § 18 SGB XI oder durch ein entsprechendes Gutachten festgestellt worden ist.



Fortsetzung von Seite 6

weise zur Beförderung von Ober- zum Hauptkommissar, entgegen.

*Was schlagen Sie zur Bewältigung dieser Einsatz- und Belastungssituation vor? Wie wollen Sie den Beförderungsstau auflösen? Können Sie ein verlässliches Konzept anbieten?*

*Wie können gerade die Kolleginnen und Kollegen entlastet werden, die rund um die Uhr auf der Straße Dienst machen? Wie kann diese Entlastung aus Ihrer Sicht gesundheitsförderlich gestaltet werden, z. B. Nachtdienstbegrenzung, mehr Vorsorgekuren, unangreifbares Wochenende, 35-Stunden-Woche, mehr Nachtdiensturlaub.*

#### **CDU**

Zu den Möglichkeiten, deutlich mehr Personal einzustellen, haben wir bereits ausgeführt.

Zum sog. „Beförderungsstau“ können wir sagen, dass sich, vor allem seit das Innenministerium CDU-geführt ist, Einiges getan hat: Für das Beförderungsbzw. Polizeistrukturkonzept sind im letzten Doppelhaushalt 2011/2012 erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Die CDU wird das eingeleitete verlässliche Struktur- und Beförderungskonzept im Sinne einer klaren Berufsperspektive für die Polizistinnen und Polizisten konsequent fortsetzen.

Dies gilt auch für die erforderliche Konzeption eines landesweiten Tarifentwicklungskonzeptes.

Im Zusammenhang mit Organisationsfragen nimmt die CDU außerdem sehr genau wahr, dass auch die Themen „Schicht- und Nachtdienst“ und „Erhöhung der Altersgrenze“ für die Betroffenen eine wichtige Rolle spielen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass auch weiterhin auf die unterschiedliche Belastungsfähigkeit, vor allem der älteren Kollegen, in angemessener Weise Rücksicht genommen wird.

Die CDU steht dabei einer Diskussion mit den Gewerkschaften und Personalräten über weitere Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie besonderen Regelungsmöglichkeiten für besonders belastende Dienste offen und konstruktiv gegenüber.

Neben dem Finanziellen gibt es natürlich weitere Bausteine in einem Gesamtkonzept. Eine davon ist z. B. die Strafrechtsverschärfung beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Für diese hat sich die Schleswig-Holsteinische CDU eingesetzt und dies auch den Kollegen im

Bund angezeigt. Schließlich hat die CDU im Deutschen Bundestag im vergangenen Jahr für eine Verschärfung des Strafrahmens gestimmt – § 113 StGB wurde geändert. Die SPD hatte dagegegen gestimmt und dies – nachzulesen in den Beratungsprotokollen und Medien – als bloße „Symbolpolitik“ bezeichnet. Dieses Beispiel dürfte klare Unterschiede in den Auffassungen und Herangehensweisen an polizeispezifische Probleme deutlich machen. Auch wir sind als CDU zwar nicht der Meinung, dass eine Strafrechtsverschärfung allein schon hilft. Aber sie ist ein notwendiges Element. Und unsere Haltung führt auch zu klaren Unterschieden, wenn es künftig um weitere Maßnahmen zur Steigerung des Ansehens des Staates und seiner Polizeibeamten geht.

Zum weiteren Schutz der Beamtinnen und Beamten im polizeilichen Einsatz müssen alle notwendigen Maßnahmen aus den Ergebnissen der KFN-Studie umgesetzt werden. Dazu gehört aus Sicht der CDU insbesondere die Beschaffung moderner Schutzausstattungen wie die ballistischen Schutzschilde, die weitere Professionalisierung des Einsatztrainings sowie die Beseitigung bürokratischer Hürden zur Gewährleistung der staatlichen Fürsorgepflicht für die betroffenen Polizistinnen und Polizisten.

#### **SPD**

Ursächlich für diese Erscheinungen sind nach unserer Einschätzung mehrere Faktoren, darunter einerseits die erhebliche Zunahme geschlossener Einsätze und andererseits eine strategische Lücke, die nicht mehr durch Überstunden in vertretbarem Umfang aufgefangen werden kann. Hinzu kommen die auch von Ihnen beschriebenen Einsatzbedingungen, die auch die sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen widerspiegeln. Hinsichtlich der geschlossenen Einsätze werden wir versuchen, auf Bundesebene eine Lösung bei der Sicherung von kommerziellen Großveranstaltungen zu erreichen, die jedoch nicht darauf hinauslaufen darf, dass hoheitliche Aufgaben privatisiert werden. Das Gewaltmonopol muss beim Staat bleiben!

Unser Ziel muss es sein, die strategische Lücke zu schließen. Wir sehen jedoch bei den diesbezüglichen Bemühungen der gegenwärtigen Landesregierung, dass dieses Ziel mit Umstrukturierungen allein nicht zu erreichen ist. Auch das Volumen von zu privatisierenden Aufgaben sollte nicht überschätzt werden. Diese Maßnahmen allein werden das Problem nicht lösen können. Wir werden sicher im Einzelfall zu überlegen haben, ob der

Fortbestand von kleinen Polizeistationen in direkter Nachbarschaft von größeren Revieren in geschlossenen Siedlungsräumen noch vertretbar ist, wobei wir einen Rückzug der Polizei aus der Fläche ausschließen. Die Aufgabe von Präventionsarbeit stellt für uns keine Lösung dar, da der Gewinn an zusätzlich für den Einzeldienst verfügbaren Stellen in keinem Verhältnis zu den langfristigen Folgen steht. Gerade in der Präventionsarbeit lernen Kinder, Jugendliche, Bürgerinnen und Bürger die Polizeibeamten als „Freund und Helfer“ und als Respektspersonen kennen. Ein Verzicht auf die Prävention und eine Verengung auf die Repression würde damit mittelfristig die von Ihnen beschriebenen beklagenswerten Zustände verstärken.

Wir werden den Beförderungsstau im Rahmen der Haushaltsmittel kontinuierlich auflösen und hierfür ein verlässliches Personalentwicklungskonzept unter Einbeziehungen der Polizistinnen, Polizisten und Gewerkschaften erarbeiten.

Die Lösung dieser Probleme (Anm. d. Red.: Belastung) kann aus unserer Sicht nur in einer Personalverstärkung für den Vollzugsdienst bestehen, wobei wir die Frage der Arbeits- und Urlaubszeit den konkreten Tarifverhandlungen überlassen wollen. Wie bereits dargestellt, ist dieses realistisch nur über eine Schließung der strategischen Lücke möglich, die wir erreichen wollen.

#### **FDP**

Der FDP ist die extreme Einsatz- und Belastungssituation der schleswig-holsteinischen Polizeibeamten durchaus bekannt und bewusst. Immer wieder haben sich Abgeordnete in den vergangenen zweieinhalb Jahren bei Gesprächen vor Ort ein Bild davon gemacht. Konkrete Vorschläge zur Bewältigung dieser in der Frage beschriebenen extremen und deutlich gesundheitsgefährdenden Einsatz- und Belastungssituation müssen aus der Polizei selbst heraus erarbeitet und an den Dienstherrn herangetragen werden. Politik kann von außen heraus seriöse Vorschläge nicht unterbreiten. Wenigstens jedoch eine aufgabengerechte Bezahlung der Polizisten sollte unstrittig gewährleistet werden. Dazu gehört insbesondere auch die Überarbeitung und Anpassung der seit 1995 unveränderten Erschwerniszulagenverordnung mit Blick auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Belastungen der Polizisten (z. B. durch Demonstrationen und Großveranstaltungen). Die FDP setzt sich ferner für einen größtmöglichen Schutz der Polizisten vor Gewalt und ei-





## WAHLPRÜFSTEINE

## HILFS- UND UNTERSTÜTZUNGSFONDS

## Sponsorenessen mit Axel Milberg

ne bessere Nachsorge, insbesondere bei Traumata, die erst später zutage treten, ein. Der akute Beförderungsstau ist durch die am 1. Januar 2011 erfolgten 637 Beförderungen zunächst erst einmal aufgelöst. Die FDP strebt an, auf Dauer mindestens 500 Polizeibeamte jedes Jahr zu befördern, damit die Beamten eine klare und verlässliche berufliche Perspektive haben. In diesem Zusammenhang sollte künftig insbesondere der Abbau der von den Fragestellern beschriebenen Wartezeiten Vorrang haben. Nur so können wir dem Land schlussendlich eine kompetente, engagierte, motivierte und bürgernahe Polizei erhalten.

**B 90/Die Grünen**

Wir wissen um die Belastung, die tatsächlich enorm ist. Manche der BeamtInnen verbringen mehr als die Hälfte der Arbeitszeit in Nachtschichten. Die Belastung in Schleswig-Holstein wurde für den Bericht der Landesregierung gerade evaluiert. Der Landesdurchschnitt liegt gefährlich nahe an den arbeitsmedizinisch vorgesehenen Grenzen. Die Auswertung zeigt fehlende Schon- und Ruhebereiche. Hier muss angesetzt werden: Wir wollen die Polizei von kleinen Aufgaben, etwa Unfallaufnahmen, entlasten. Außerdem wollen wir, dass geschlossene Einsätze besser in den Dienstablauf integriert werden. Wir wünschen uns Vorschläge aus der Polizei, wo wir Sie entlasten können. Sie kennen die Verwaltungsabläufe besser als wir. Die Gesundheitsbelastung im Schicht- und Wechseldienst muss weiter beobachtet werden und Möglichkeiten, Ausgleiche zu schaffen, durchgerechnet werden.

**DIE LINKE**

DIE LINKE setzt sich entschieden für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein. Die Belastungssituation bei der Landespolizei übersteigt seit langem ein hinnehmbares Ausmaß. DIE LINKE fordert deshalb eine bedarfsgerechte Personalausstattung bei der Polizei, um eine angemessene flächendeckende und bürgernahe polizeiliche Arbeit sicherzustellen. Der Beförderungsstau bei der Landespolizei erzeugt ein großes Motivations-Problem für die Landesbeamten und -beamtinnen, qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber werden abgeschreckt. DIE LINKE fordert ein planbares Laufbahnverlaufsmo- dell mit rechtssicherer Leistungskomponente, um den genannten Problemen zu begegnen. DIE LINKE ist der Auffas-

Fortsetzung auf Seite 10

**Kiel/Trg – Prominenter Besuch beim Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not: Beim diesjährigen Sponsorenessen des Hilfsvereins begrüßte Wolfgang Pistol, der Vorsitzende des Fonds, neben den mehr als 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben den Tatortkommissar Axel Milberg. Milberg, der zu den angesehensten deutschen Schauspielern zählt und unter anderem den bekannten Kieler Ermittler Klaus Borowski verkörpert, war Ehrengast des jährlichen Treffens des Fonds im Maritim-Hotel.**

Der beliebte 55-Jährige sprach auch zu den Teilnehmern des Sponsorenessens. Dabei berichtete er den amüsierten Zuhörern von seinen Erlebnissen mit bayrischen Ordnungshütern. Der Schauspieler zollte aber auch der Arbeit der Polizei Respekt. „Wir haben in Deutschland die beste Polizei der Welt“, meinte der gebürtige Kieler. Dabei hob Milberg unter Hinweis auf Erfahrungen in anderen Ländern die helfende Rolle der Schutzleute hervor und verurteilte gewaltsame Übergriffe gegen sie. „Die Polizistinnen und Polizisten haben die Solidarität der Gesellschaft verdient“, so der beliebte „Tatort-Kommissar“.

Deshalb sei es erfreulich, dass es eine Einrichtung wie den Hilfs- und Unterstützungsfonds mit Wolfgang Pistol an der Spitze gebe. Der Verein ist eine gemeinnützige Einrichtung, die es sich seit dem Jahre 2001 zur Aufgabe gemacht hat, im Dienst schwer verletzte oder gar getötete Polizeibeamte bzw. deren Angehörige und Familien in ihrer schwierigen Situation mit einer Zuwendung, die den speziellen Verhältnissen angemessen ist, zu unterstützen.

Seit der Gründung des Fonds wurden in über 60 Fällen Polizeibeamtinnen und -beamte durch Zuwendungen unterstützt, nachdem sie bei Einsätzen Opfer von gewalttätigen Angriffen geworden waren und sich dabei schwere Verletzungen zugezogen hatten. Dabei wurden insgesamt über 110 000 Euro zur Verfügung gestellt.

2011 gab es in Schleswig-Holstein 705 erfasste Straftaten, in denen Gewalt gegen Polizeibeamte ausgeübt wurde. Die Vorfälle ereigneten sich überwiegend bei Präsenzstreifen, Familienstreitigkeiten, aber auch bei Festnahmen und Durchsuchungen. Der Hilfsfonds arbeitet rein ehrenamtlich; Vorstandsmitglieder sind Landespolizeidirektor a. D. Wolfgang



**Axel Milberg wurde von Günther Jansen, Karl-Hermann Rehr und Wolfgang Pistol (v. links) begrüßt.**

Pistol, Minister a. D. Prof. Günther Jansen, Jens Ruge, früherer FDP-Landespolitiker, Uwe Müller, führender Polizeibeamter aus dem Landespolizeiamt, und Karl-Hermann Rehr, Landesgeschäfts-



**Kleine Aufmerksamkeiten für einen sympathischen Ehrengast: Axel Milberg nahm aus den Händen von Wolfgang Pistol einen GdP-Teddy und einen Blaulicht-Kugelschreiber entgegen. Fotos (2): Thomas Gründemann**

führer der GdP Schleswig-Holstein. Er verfügt ausschließlich über Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die sich der Arbeit der Polizei verpflichtet fühlen.

Die Kontoverbindung des Hilfs- und Unterstützungsfonds lautet:

PSD Bank Kiel eG  
Konto 2 902 983 600, BLZ 210 909 00



Fortsetzung von Seite 9

sung, dass die Anforderungen an den Polizeiberuf und deren Ausübung vor allem in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen sind. Ein umfassendes Fortbildungskonzept und angemessene Freistellungs-kapazitäten zur Fortbildung (z. B. Umgang mit Stresssituationen, interkulturelle Kompetenzen, Menschenrechtsbildung für die Polizei usw.) müssen daher dringend realisiert werden. Ebenso sollten Gesundheitsförderungsprogramme für den öffentlichen Dienst umgesetzt werden. Zur besseren Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (z. B. Nachtdienstbegrenzung u. Ä. in Tarifverträgen) fordert DIE LINKE eine Abschaffung des Streikverbots für Beamte und Beamtinnen. Die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein ist viel zu lang. DIE LINKE will die 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten.

#### SSW

Dem SSW ist bewusst, dass die Polizei unter anderem angesichts der Streichung der Jubiläumszuwendungen und der Ausgleichszahlungen viele Rückschläge einstecken musste. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass es mit dem Doppelhaushalt 2011/12 wenigstens gelungen ist, ein Zwei-Millionen-Euro-Paket zu schnüren, um den Beförderungsstau bei der Polizei aufzuheben. Die Freude darüber darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Polizei selbst durch Kürzungen einen Großteil davon erwirtschaftet hat und auch der im Jahr 2011 erzielte Tarifvertrag nicht wesentlich zur Kompensation beitragen wird. Die Polizeikräfte im Land sind mit vielfältigen einsatzbedingten Belastungsfaktoren konfrontiert wie psychischem Stress, Wochenendarbeit, Wechselschicht mit Nachtdiensten und Sonderschichten. Diese Faktoren wirken sich insbesondere bei älteren Polizisten und Polizistinnen negativ auf deren Gesundheit aus. Der SSW setzt sich dafür ein, dass mit flexiblen Arbeitszeitmodellen eine Reduktion der Arbeitszeit erreicht wird, die zur Entlastung älterer Polizistinnen und Polizisten beitragen kann.

Zudem gilt es Aufgabenbereiche zu ermitteln, bei denen die Polizei von Zuständigkeiten entlastet werden kann oder Polizeieinsätze dem personellen Aufwand entsprechend bezahlt werden. Entlastungsmöglichkeiten sieht der SSW nach wie vor unter anderem bei kommerziellen Großveranstaltungen (Musikkonzerte, Fußballturniere), bei denen noch

stärker auf private Sicherheitsunternehmen zurückgegriffen werden könnte.

Für Leistungen, die von der Polizei bei kommerziellen Veranstaltungen erbracht werden, befürwortet der SSW die Einführung einer Kostenpflicht für Polizeieinsätze.

Die Polizei wird zunehmend Zielscheibe von Bedrohungen, Beleidigungen sowie von gewaltbereiten und alkoholisierten Randalierern und Neonazis, womit sie immer mehr zum Prellbock für gesellschaftliche Probleme zu werden scheint. Für den SSW muss bei der Gewalt gegen Polizeibeamte und entsprechenden Lösungen zwischen Einzel- und Großeinsätzen unterschieden werden. Um der Gewalt und dem Respektverlust vorzubeugen, ist die insbesondere die Präventionsarbeit zu stärken.

Bei Einzel- bzw. Streifenwageneinsätzen der Polizei geht es oft um Streitereien und Gewaltsituationen zwischen Menschen, deren Auslöser meist übertriebener Alkoholgenuss ist. In diesem Bereich ist es möglich, präventiv an die Ursachen heranzugehen. Zur Vorbereitung auf Konfliktfälle sind nach Meinung des SSW weitere Schulungsangebote notwendig. Wenn die Polizistinnen und Polizisten aber mit verbalen Deeskalationsmaßnahmen nicht weiterkommen, geht es darum, die Reaktionsfähigkeit zu schulen und für eine geeignete Ausstattung der Beamten zu sorgen. Für den SSW ist klar, dass Straftaten gegen körperliche Unversehrtheit höher als Straftaten gegen Eigentum bestraft werden müssen. Eine pauschale Straferhöhung führt dabei nicht weiter und wird von uns abgelehnt. Stattdessen müssen Täter-Opfer-Ausgleiche, Konflikttrainings und das präventive Agieren zum Ziel führen. Weiterhin müssen vorhandene Gesetze voll ausgeschöpft werden. Bei Großeinsätzen der Polizei, deren Zweck häufig „Gewalt an sich“ ist (z. B. die bewusste Störung von 1.-Mai-Kundgebungen, Hooligans in Fußballstadien) kommt man mit präventiven Maßnahmen an Grenzen. Hier geht es um Repression und eine funktionsfähige Strafverfolgung. Verbesserungsbedarf sieht der SSW nach wie vor im Bereich der Festnahmen und der Beweissicherung. Und gerade bei der Verurteilung nach den Gewalttaten gibt es noch Lücken, die zu schließen sind. Zur Kriminalitätsvorbeugung ist die Zusammenarbeit von Polizei und Bürgern im Rahmen der örtlichen Präventionsarbeit notwendig. Sie bietet die Möglichkeit, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Programmen zu arbeiten, Sicherheit und

Lebensqualität zu erhöhen und polizeiliches Handeln vor Ort transparent zu machen. Es geht also darum, aktiv im Bereich der Kriminalität vorzubeugen. Insgesamt muss die Politik darauf achten, die Kernaufgaben der Polizei nicht zu eng zu definieren. Präsenz und Prävention gehören mit zu diesen Aufgaben. Die Polizei muss weiterhin vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger da sein und die Präventionsarbeit gezielt weiterentwickelt werden.

#### Piratenpartei

Der Piratenpartei sind die Studien „Gewalt gegen Polizeibeamte“ und „Berufszufriedenheit bei der Bundespolizei“ genau so bekannt wie der hohe Krankenstand bei der Polizei. Dass bei den Erkrankungen psychische Symptomaten an erster Stelle stehen, beobachten wir mit großer Sorge. Dem entgegenzuwirken, muss die vornehmste Aufgabe sein, wenn der Staat seine Pflichten gegenüber der Polizei wahrnehmen will. Ein Staat, der seine Polizei verheizt, darf sich nicht wundern, wenn seine Polizisten zunehmend an Burnout o. Ä. erkranken.

Ein, wie oben bereits mehrfach ausgeführt, überlasteter und von einem kaum abbaubaren Berg von Überstunden gestrafter Polizeivollzugsbeamter kann nicht so souverän und gelassen seine Aufgaben wahrnehmen wie einer, der dienstliche Fürsorge genauso erlebt wie positive Akzeptanz bei der Bevölkerung. Dieser auf der Hand liegenden Binsenweisheit muss endlich Rechnung getragen werden, damit auch unsere Demokratie sicher ist.

Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass nur ausgeruhte und hoch motivierte Polizeivollzugsbeamte in ihren Dienst gehen. Dies ist nur möglich, wenn die Einsatzzahlen reduziert werden. Weil das jedoch eine politische Aufgabe ist, sofern es Einsatzlagen wie Demonstrationen und Fußballspiele betrifft, ist die Politik gefordert, eine Kultur herzustellen bzw. wiederherzustellen, in der die Polizei mit erheblich weniger Aufwand Recht und Ordnung schützt. Das ist der zentrale Ansatzpunkt für eine reduzierte Einsatzbelastung der Polizei. Ist dieser Punkt ausreichend abgearbeitet, werden sich die Stressoren bei der Polizei wie bei ihrem Gegenüber wohltuend für alle abbauen. Begleitend muss eine richtig und verantwortungsvoll erfüllte Fürsorgepflicht dafür sorgen, dass die eigenen Führungsgrundsätze, so wie sie insbesondere in der PDV 100 formuliert sind, tatsächlich ein-

Fortsetzung auf Seite 12





Termine 2012



**„Kleine Auszeit“ im Steigenberger Hotel Treudelberg \*\*\*\*+ in Hamburg**

Thomas Cook Wellness & mehr, Seite 29, Anreise freitags oder samstags

**Inklusivleistungen:**

- 2 x Übernachtung im Standard-Doppelzimmer inklusive Frühstücksbuffet
- 1 x 3-Gang-Menü im Bistro im Artrium
- 1 x Rückenmassage (ca. 20 min.)
- 1 x Transfer zum Alstertaler Einkaufszentrum

pro Person ab  
**€ 146,-**

Unterbringung im Doppelzimmer

**„Kaiserhof Spezial“ im Maritim Hotel Kaiserhof \*\*\*\*+ in Heringsdorf/Usedom**

Thomas Cook Wellness & mehr, Seite 56, Anreise täglich vom 06.04.2012 bis 19.10.2012

**Inklusivleistungen:**

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inklusive Frühstück
- 1 x Aperitif
- 1 x 4-Gang-Candlelight-Menü
- 1 x Wellness-Massage (ca. 20 min)

pro Person ab  
**€ 174,-**

Unterbringung im Doppelzimmer

**„Kaiser SPA entdecken“ im KAISER SPA HOTEL ZUR POST \*\*\*\*+ in Bansin/Usedom**

TUI VITAL, Seite 29, Anreise täglich vom 01.04. bis 23.06.2012 und 17.09. bis 31.10.2012

**Inklusivleistungen:**

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inklusive reichhaltigem Vitalfrühstück
- 1 x Halbpension in Buffet-Form oder als 3-Gang-Menü
- 1 x Entspannungsmassage (ca. 25 min)
- + Wellnesstee im KAISER SPA Wellnessbereich

pro Person ab  
**€ 179,-**

Unterbringung im Doppelzimmer

**„Badehaus Flair zu Zweit“ im Hotel Badehaus Goor \*\*\*\* in Putbus/Rügen**

TUI VITAL, Seite 39, Anreise täglich vom 01.05.2012 bis 31.10.2012

**Inklusivleistungen:**

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inklusive Frühstück
- 2 x Abendessen bei Kerzenschein
- + Synchronbehandlung im Private Spa (ca. 30 min):  
Für Sie: Molkebad; Für Ihn: Teilkörpermassage
- + Freie Nutzung des Friedrich-Wilhelm-Bades

pro Person ab  
**€ 174,-**

Unterbringung im Doppelzimmer

**Weitere Informationen und Anmeldungen**

**PSW-Reisen Kiel**  
Max-Giese-Straße 22  
24116 Kiel  
Telefon 0431 - 17093  
Telefax 0431 - 17092  
psw-reisen.kiel@t-online.de

**PSW-Reisen Lübeck**  
Hans-Böckler-Straße 2  
23560 Lübeck  
Telefon 0451 - 5021736  
Telefax 0451 - 5021758  
psw-reisen.luebeck@t-online.de



**PSW-Reisen**  
Schleswig-Holstein GmbH

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)

Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten. Es gelten die Bedingungen der jeweiligen Kataloge.



# Und was sonst noch so war ...

## 8. Februar

Mit der CDU-Abgeordneten Astrid Damerow treffe ich mich im Landtag. Hintergrund unseres Gesprächs ist ein Fall in ihrem Wahlkreis. Dazu hatten wir an dieser Stelle auch schon berichtet. Ein Polizeibeamter hatte nach einem Angriff ein Schmerzensgeld im Adhäsionsverfahren von 150 € zugesprochen bekommen, zahlbar in 15 Monatsraten. Der Täter zahlte trotz der geringen Summe und des niedrigen Abtrags nicht. Der von uns vertretene Polizeibeamte stellte die Frage, wer eigentlich in solchen Fällen „haftet“. Mit der Abgeordneten vereinbaren wir, einmal im Land die Zahl offener Schmerzensgeldtitel zu ermitteln. Das Ergebnis: 19 Titel. Der nächste Schritt wird ein Gespräch mit dem Innenminister sein.

## 29. Februar

Thomas Gründemann und ich nehmen in diesen Tagen an einem Treffen der Landesredakteure der Deutschen Polizei in Geldern teil. Ein Programmpunkt ist eine Schulung in journalistischer Hinsicht. Mit Ulrike Schnellbach aus Freiburg/B. machen wir ein so genanntes Genre-Seminar zum Thema „Kommentar und Kommentartüberschriften“. Eine tolle Übung mit einem Profi. Zuvor werden wir in das Thema „Literaturdatenbank der GdP“ durch Petra Kühl und Jenny Zier eingewiesen.

## 1. März

Verbesserungen der Leistungen in der GdP-Mitgliedschaft. Die Signal-Iduna als Gruppenversicherungspartner der GdP hat die Versicherungssumme für Vermögensschäden in der Diensthaftpflicht-Regressversicherung (im GdP-Beitrag schon

enthalten) verbessert. Zum 1. Februar 2012 beträgt die Summe für Vermögensschäden 50 000 €.

## 2. März

8.30 Uhr – Rechtsschutzkommission. Ins Auge fällt der Fall eines Beamten aus der Polizeidirektion Sebeberg. Gleich zweimal stimmt die Berechnungsgrundlage seiner Besoldung nicht. Zum einen hatte sich das Finanzverwaltungsamt in seiner Dienstaltersstufe vertan und dem Kollegen seit 2009 knapp 1160 € zu viel überwiesen. Schon einen Monat später wird offenbar, dass auch seine Zuschläge für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) nicht korrekt sind. Wegen einer Namensverwechslung wurden ihm nicht zustehende Zuschläge einer Namensvetterin überwiesen. Und das etwa knapp vier Jahre lang. Normalerweise ist es so, dass zu viel gezahlte Besoldung immer noch Besoldung des Dienstherrn bleibt. Mehrere Gerichte haben entschieden, dass der Beamte verpflichtet ist, seine Abrechnung auf Richtigkeit zu überprüfen. Der früher einmal geltende Grundsatz der Entreicherung (Konto abräumen und sagen, man habe das Geld nicht mehr) gilt nicht mehr. Allerdings hat das Verwaltungsgericht in letzter Zeit erkennen lassen, dass auch den Behörden – den Dienststellen der Polizei und dem Finanzverwaltungsamt – eine Sorgfaltspflicht obliegt. Die Rechtsschutzkommission hat jedenfalls Zweifel, dass diese Sorgfalt tatsächlich ausgeübt wurde und gewährte Rechtsschutz.

## 5. März

Heute berichtet der DGB uns zum Thema „Arbeitszeitkonten“. Etwa die Hälfte

der Beschäftigten verfügt über ein Arbeitszeitkonto. Zu diesem Ergebnis kommt die neue Studie „Flexibilität am Arbeitsmarkt durch Überstunden und Arbeitszeitkonten“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Für die Beschäftigten seien Arbeitszeitkonten ein Flexibilitätsgewinn, stellt IAB-Expertin Irene Zapf fest. Doch auch für die Arbeitgeber seien flexible Einsatzzeiten positiv: Die IAB-Studie zeigt aber auch, dass es insgesamt an ausreichendem Datenmaterial über tatsächlich geleistete Arbeitszeiten mangelt. In der Studie heißt es dazu: Zwar seien Arbeitszeitkonten und Überstunden hinreichend theoretisch erörtert worden, doch fehle noch immer eine differenzierte und lückenlose Darstellung. Deshalb blieben eine umfassende Bewertung der Arbeitszeitentwicklung und daraus folgende Handlungsempfehlungen „eingeschränkt“.

## 6. März

Berlin und Hessen hatten sich aus dem Arbeitgeberlager der Länder (TdL) ausgeklinkt, weil sie glaubten, so viel Geld sparen zu können. Allein der Tatsache, dass nun selbstständig Vereinbarungen mit dem Arbeitnehmerlager getroffen werden mussten, war es geschuldet, dass das Finanzministerium in Wiesbaden dafür extra knapp 20 Stellen geschaffen haben soll. Über Berlin sind keine Zahlen bekannt, aber auch hier wurde zusätzliches Personal benötigt. Jetzt wird bekannt, dass Berlin einen Antrag auf Wiederaufnahme in die TdL gestellt hat. Die Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) prüft derzeit Satzungsänderung und Wiederaufnahme.

Fortsetzung von Seite 10

gehalten werden. Der Polizeiführer, einerlei ob in der BAO (Besondere Aufbauorganisation, PDV 100) oder in der AAO (Allgemeine Aufbauorganisation, Reviereinsatz) muss wahrheitsgemäß seine Aufgabe erfüllen und darf nicht „Klarmelden“, wo dies unberechtigt ist. Die Führungsebene der Polizei hat der Politik und damit ihrem Innenminister reinen Wein einzuschenken. Nur dann wird deutlich, wie es um die noch zumutbare Einsatzbelastung bestellt ist. Als einen dafür möglichen Ansatz für eine in beide Richtungen – Topdown genau so wie Downtop – korrekten Informationsfluss diskutiert

die Piratenpartei die Einführung eines jeweiligen Polizeibeauftragten in den Parlamenten in der Analogie des Wehrbeauftragten des Bundestages.

Zu der von uns geforderten besseren personellen Ausstattung gehört selbstverständlich auch ein Stellenkegel, der sich motivierend auf die Polizeivollzugsbeamten auswirkt. In welchem Umfang dafür Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, kann die Piratenpartei jedoch erst nach einem Kassensturz feststellen. Dieser ist derzeit allerdings aufgrund der mangelhaften Transparenz des Landeshaushaltes unmöglich. Deshalb verspricht die Piratenpartei Schleswig-Holstein der Polizei nicht, dass sinnvolle Maßnahmen wie

Schichtdienstzusatzurlaub, Kuren u. a. m. in erheblichem Umfang zusätzlich bewilligt werden können, so sehr sich die Piratenpartei Schleswig-Holstein der Dringlichkeit solcher die Arbeits- und die Dienstfähigkeit erhaltender Angebote auch bewusst ist.

Für die Polizei des Landes hat Schleswig-Holstein – auch im Interesse einer lebendigen Demokratie – finanziell so lange an seine Grenzen zu gehen, bis die Vorbildlichkeit der Dienst- und Arbeitsbedingungen der Polizei einem würdigen Standard entsprechen. Diesen Anspruch wird die Piratenpartei parlamentarisch etablieren.

**2. Teil der Wahlprüfsteine in DP 5/2012**

